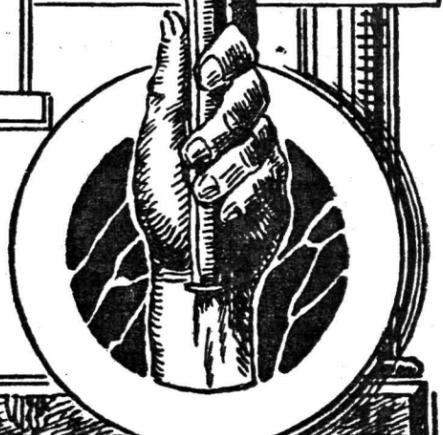
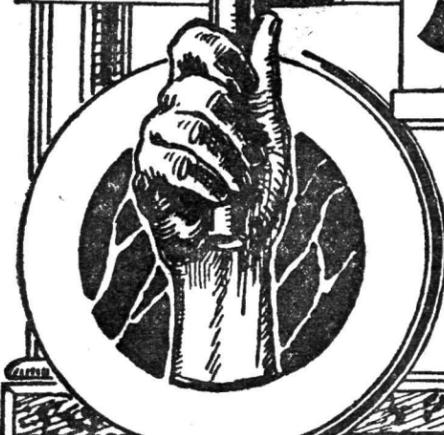


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition: Leipzig Große Fleischergasse 14, I. Telefon Nr. 5044.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 48.

Sonnabend, den 2. Dezember 1905.

9. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Berlin. Der Streik bei der Firma Holzmann u. Comp. ist nach eintägiger Dauer zu unseren vollen Gunsten erledigt.
Coburg. Bei der Firma Erhard stehen die Kollegen im Streit.
Kappellroed. Der Streik dauert fort. Mit Herrn Kromer-Schubachwaiden wurde ein Vertrag abgeschlossen. Es konnten somit wieder circa 24 Mann untergebracht werden und kommen noch etwa 30 Streikende in Frage.
Sindensfeld, Bedenskirchen, Elmshausen und Benschheim. Bei der Firma Kreuzer u. Böhringer erhielten circa 250 Verbandsmitglieder gekündigt. Die meisten haben am 2. Dezember die Arbeitsplätze zu räumen. Grund der Kündigung ist: Zugehörigkeit zum Deutschen Steinarbeiterverband. Die Firmeneinhaber ließen sich in einer angeblichen Volksversammlung am 23. November, wo meistens Bürger anwesend waren, durch eine Resolution attestieren, daß sie die bewusste Unwahrheit der Arbeiter anerkennen. Das ist die bewusste Unwahrheit. Wir stellen fest, daß die Firma Kreuzer u. Böhringer ihre Arbeiter bloß wegen Ausübung ihres gesetzlichen Koalitionsrechtes entlassen hat. Der Gewerbeinspektor Herr Vöffer aus Darmstadt versuchte bei der Firma, die Kündigungen rückgängig zu machen, hatte aber keinen Erfolg, und soeben berichtet uns das Großherzogliche Konsulat in Benschheim, daß die Firma auch die Vermittlung dieser Behörde ablehnt.
Pfaffheim. Platz Gebr. Fideisen ist gesperrt.
Wandis bei Leipzig. Platz Preißer gesperrt.

Die große Masse muß bluten.

Die deutsche Arbeiterklasse weiß nun, was ihrer hart: 250 Millionen an neuen Steuern und ebensoviel an erhöhten Zölzen! Macht zusammen eine halbe Milliarde, die jährlich mehr aus den Knochen des Proletariats herausgewirtschaftet werden soll. Und das alles zu dem Zweck, um neue Kanonen und Panzerschiffe zu kaufen! Seitdem Ferdinand Lassalle vor jetzt 43 Jahren den deutschen Arbeitern die Augen geöffnet hat über den wahren Charakter der indirekten Steuern, ist es nicht mehr nötig, ihren ausbeuterischen Grundzug des näheren vorzudemonstrieren. Das verhilft-brutale und gerade deshalb um so abstoßendere Wesen dieser Steuerart ist vollständig in das Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse eingegangen, und deshalb ist es einfach eine impotente papageienhafte Schwägeri, wenn jetzt noch unsere Offiziösen ihr Sprüchlein von den indirekten Steuern auftragen, die die Massen angeblich nicht „merken“. Die offiziellen Papageien „merken“ nicht, daß inzwischen die Welt ein Stück vorwärts gekommen ist und daß die einzige Antwort auf ihre abgetanderte Weisheit aus Großmutterzeiten ein grimmig-verächtliches Lachen ist.

Als Mitte der siebziger Jahre Bismarck seinen Umschwung zum Schutzoll vorbereitete, erklärte er ganz offen: „Das Ideal, nach dem ich strebe, ist, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen.“ Dieses Programm hat er denn auch, was an ihm lag, zu erfüllen versucht. Im Jahre 1878 betrug die Einnahme aus Zöllen und indirekten Steuern 235 Millionen Mark. Sie stiegen dann mit unheimlicher Regelmäßigkeit im Jahre 1885 auf 346 Millionen, 1895 auf 661 Millionen und betragen jetzt weit über 900 Millionen Mark. Das bedeutet eine Steigerung um rund 700 Millionen Mark oder um 400 Proz., während die Bevölkerung um 32 Proz. stieg. Dazu soll von jetzt an die neue halbe Milliarde treten, die ebenfalls wieder fast ausschließlich von den unbemittelten Klassen aufzubringen ist. Schon im Jahre 1898 berechnete man, daß bei gleicher Kopfzahl der Familie die indirekte Steuer verschlinge:

bis 900 Mk.	8-7 Prozent
von 900 Mk. bis 3000 Mk.	7-5 "
" 3000 Mk. bis 8000 Mk.	5-4 "
" 8000 Mk. bis 30000 Mk.	4-3 "
" 30000 Mk. bis 1 Million	3-2 "
über 1 Million	1 "

Hier sieht man deutlich die empörende Ungerechtigkeit dieses raffinierten Steuersystems! Je ärmer man ist, desto mehr Steuern hat man zu zahlen. Und da gibt es noch unerschämte Patrone, die der Arbeiterklasse deshalb die politischen Rechte vorenthalten wollen, weil sie angeblich an den Staatslasten nicht beteiligt ist. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Wenn man das Maß politischer

Rechte von der Steuerlast abhängig machen wollte, so müßten gerade die Wohlhabenden von den politischen Rechten ausgeschlossen werden, und zwar um so mehr, je wohlhabender sie sind. Das geht mit Sonnenklarheit aus der oben wiedergegebenen Tabelle hervor, die, wie gesagt, aus dem Jahre 1898 stammt. Jetzt haben sich ihre Berechnungen wieder völlig verschoben und zwar lediglich zuungunsten der besitzlosen Klassen.

Im Jahre 1876/77 betrug die indirekte Steuerlast für eine fünfköpfige Familie im Jahr 34.50 Mk. Im Jahre 1901 aber 82.75 Mk.! Vom nächsten Frühjahr an wird der neue Zolltarif diese Last auf mehr denn 100 Mk. im Jahre erhöhen, und dazu treten noch die neuen indirekten Steuern in Höhe von 250 Millionen, die diese Gesamtbelastung auf die Spitze treiben.

Die ruchlose Raubpolitik, begangen an den Armen, ist auf der andern Seite ein goldner Regen für die Reichen. Dieselben indirekten Steuern, die den Besitzlosen die Taschen bis auf den letzten blutigen Heller ausplündern, lenken Ströme roten Goldes in die Taschen der geschworenen Todfeinde der Arbeiterklasse. Die Schnapssteuer ist so veranlagt, daß sie unseren Schnapsjunkern jährlich 44 Millionen direkt schenkt. Seit Bestehen des Gesetzes sind auf diese Art und Weise 700 Millionen diesen Schnapsproduzenten auf Kosten des arbeitenden Volkes in die Taschen gesteckt worden. Die Lebensgaben für Zucker, die ebenfalls in der Hauptsache denselben „notleidenden“ Junkern zugute kamen, erreichte in den zwanzig Jahren 1882-1902 die skandalöse Höhe von 1185 Millionen. Die Folge war, daß unsere so reich beschenkten Zuckerbarone den deutschen Zucker ins Ausland beinahe verschleudern konnten. Und im neuen Zolltarif endlich haben sich die herrschenden Klassen und besonders wieder die Junkerbrut, ein Instrument geschaffen, das die Massenausplünderung ins riesenhafte hebt. Allein durch die neuen Zölle wird nach einer bürgerlichen Berechnung die Gesamtbelastung des Nationaleinkommens um den ganz enormen Betrag von 1345 Millionen Mark erhöht.

Und diese skrupellose Bande politischer Raubtiere hat die Stirn, die Lasten für die angeblich so dringend notwendige neue Flottenvorlage wiederum auf die Schultern der Unbemittelten abzuwälzen. Wenn nicht ein letztes Klugheit sagen, daß sie mit dieser maßlosen, aberwitzigen Politik der Habgucht alles zur Empörung treiben muß, was nicht mit ihr zusammen an dieser schamlosen Volksausplünderung teil hat. Das aber ist die unendlich überwiegende Majorität der Nation. Sie wird und muß jetzt diesen sauberen Gelden einen Kehraus tanzen, daß ihnen die Rippen krachen und der Atem ausgeht.

Die Trostlosigkeit unserer Sozialpolitik.

II.

Das Referat von Professor Dr. G. Schmoller aus Berlin über Das Verhältnis der Kartelle zum Staat hatte für uns Gewerkschafter eigentlich ein doppeltes Interesse, da das Bestreben der Kartelle nicht nur darauf hinausläuft, die große Masse der Konsumenten, also vor allen Dingen die Arbeiter, durch Verteuerung der Warenpreise zu schröpfen, sondern auch darauf, die Arbeiter als Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft an günstigeren Verkaufsbedingungen zu hindern. Nach beiden Richtungen hin bilden die Unternehmerkartelle eine nicht wegzuleugnende Gefahr für die Arbeiter. Leider müssen wir sagen, daß der Referent die zweite Seite der Frage fast gänzlich vernachlässigt hat.

Einleitend wies er auf die Bedeutung der Kartellfrage hin: „Diese Frage“, so sprach er, „ist entschieden die wichtigste, die unter allen volkswirtschaftlichen Problemen zu lösen ist. Es handelt sich um die Frage: Soll das wirtschaftliche Leben der Kulturvölker eine grundstürzende Veränderung, wie seit Jahrtausenden nicht erlebt worden ist, erfahren? Die Neubildung liegt in der großen Linie, die nach Ansicht sehr vieler direkt oder indirekt in den sozialistischen Zukunftsstaat führt. Wir sehen, wie die Klein- und Mittelbetriebe ebenso wie die Großbetriebe immer mehr zu zentralistischen Organisationen zusammengefaßt werden, und wenn es so weiter geht, so ist kein Zweifel, daß die liberalen Grundsätze von der freien Konkurrenz in die Brüche gehen.“ An den amerikanischen Riesenkartellen zeigte er dann, welche unheimliche Entwicklung die Kartellierung nehme. „Diese Entwicklung“, so fuhr er fort,

„führt uns zu der Frage: Wie hat sich der Staat und das öffentliche Gemeinwohl zu der Entwicklung dieser machtvollen Organisationen zu stellen? In Deutschland ist in der Beurteilung der Kartelle in den letzten Jahren ein erheblicher Umschwung eingetreten. Man erinnere sich, wie vor noch nicht allzu langer Zeit unsere Minister Reden über die Kartelle hielten, die von extremstem Lob über die Kartelle förmlich triefen. Das ist in letzter Zeit anders geworden. Man sieht es ein, daß es nötig ist, zwischen den Trusts und der übrigen Volkswirtschaft einen Schutzwall zu errichten. Die Kartelleiter und die Begründer der großen Industriedynastien, wie sie nach amerikanischem Vorbilde am Rhein im Entstehen begriffen sind, sind die radikalen Schöpfer gänzlich neuer Zustände. Wenn seitens der Kartelle gesagt wird: Laßt uns doch in Ruhe! so können wir nur antworten: Wir lassen Euch schon in Ruhe, wenn Ihr es nur tätet, wenn Ihr nach volkswirtschaftlicher Richtung uns nicht beunruhigtet, und wenn Ihr unsere Einkommensverhältnisse unangetastet liebet. Ihr seid die grundstürzenden Neuerer. Die großen Neuerer der Geschichte sind immer über Leichen gegangen und müssen es. Unter ihnen sind stets Gewaltmenschen gewesen. Naturgemäß wird die Aenderung der Einkommensverhältnisse von dem ändern Teile der Gesellschaft als Bedrückung, Verdrängung empfunden. Es ist klar, daß sie die Wegdrängung von der Sonne nicht mit Handfuß ertragen. Daß Verschlebung eingetreten sind, zeigt die Preissteigerung. Wenn das Kohlenyndikat eine Verdoppelung der Preise herbeigeführt hat, so kann man nicht verlangen, daß die Verbraucher von Kohlen nur Freude darüber empfinden und die gleiche reine Freude daran haben, wie die Begebenbesitzer und die Kugelhhaber.“

Mit Recht betonte Schmoller die preissteigernden Tendenzen der Kartelle, die darauf hinausliefen, Monopole zu schaffen und die freie Konkurrenz, die heututage doch immer die Preise reguliert, gänzlich zu beseitigen. Daher werde der Gedanke, die großen Betriebe, besonders im Bergbau, zu verstaatlichen, immer populärer. Allerdings sei die Verstaatlichung ein falscher Weg, was sich aus „der hohen Intelligenz und dem technischen Können unserer Betriebsleiter“ erkläre, und man solle nicht wünschen, daß der preussische Bureaokratismus und die Parlamentsredneri das Recht habe, auf unsere blühenden Betriebe einzuwirken. Das einzige Mittel, um die Auswüchse des Kartellwesens zu beseitigen, sei eine Regelung auf gesetzlichem Wege, die aber zurzeit nur nach der Richtung hin möglich sei, daß der Machtmißbrauch eingeschränkt werde. Dieser fände sehr leicht dort statt, wo die Syndikate und Kartelle gegenüber ihren Mitgliedern jede Judikatur ausschließen. Es gibt einen Punkt, wo der Staat zu sagen hat: Bis hierher und nicht weiter. Auch die unwürdige Abhängigkeit der kleinen Abnehmer vom Kartell beim Empfang der Exportprämien muß geregelt werden. Das Eingreifen des Staates bei der Preisbildung halte ich für ausgeschlossen, der Preis kann nicht von oben her diktiert werden. Da ist nur durch Organisationen beizukommen. Wenn unsere Kartelleiter so weitichtig wie die amerikanischen wären, würden sie auch lieber mit organisierten Arbeitern verhandeln, als mit unorganisierten. Die ganze Lohnfrage wäre damit gelöst. Ueber die Kartelle müßte bis zu einem gewissen Grade die Hand des Staates walten. „Man soll die Kartelle nicht in Banden schlagen“, so schloß der Redner, „sondern sie auf die Ziele hinlenken, die im Interesse der Gesamtheit liegen.“

Man muß sich wirklich über die Naivität des Berliner Professors wundern, der da zu glauben schien, es werde dem Staate gelingen, die Unternehmerkartelle mit sanfter Hand auf den Weg der Pflicht zurückzuführen und sie dem Allgemeinwohl dienstbar zu machen. Wir weit wir hier von entfernt sind, zeigte die Aeußerung des früheren Regierungsrats Dr. Volker, der gleich zahlreichen seiner Kollegen den Staatsdienst verlassen hat und zu den fetten Fleischklopfen des Privatkapitals übergegangen ist; diese Leute verstehen es vortrefflich, den Staatsgedanken mit dem Tanz ums goldene Kalb in Einklang zu bringen, und bilden gewissermaßen das Bindeglied zwischen Staat und Großkapital. Der Regierungsmensch a. D. meinte nämlich, es sei zu wünschen, daß die Männer der Wissenschaft den Männern der Praxis mehr Verständnis entgegenbrächten. „Das Zusammengehen von Agrariern, Großindustrie und Mittelstand“, so sprach der gute Mann, „ist ein durchaus natürliches, denn alle drei Gruppen haben ein gemeinsames Interesse, nämlich die Aufrechterhaltung unserer be-

Neuherden Wirtschaftordnung; der Staat hat kein wesentliches Interesse daran, sich auf ihre Seite zu stellen." Ein famoseres Bild: der Staat, der über das staats-erhaltende Kleeblatt Großindustrie, Agrarier und Mittelstand seine segnende, schützende Hand ausstreckt!

Den echten und rechten Kapitalprogen-Standpunkt vertrat in der Debatte der Generaldirektor des Kohlenyndikats und des Deutschen Stahlwerkverbands, Kirdorff, indem er sich folgendermaßen ausdrückte: „Als Mann der Praxis muß ich mich gegen die in dem Schmoller'schen Referate aufgestellten Forderungen wenden und eine staatliche Aufsicht ganz entschieden zurückweisen. Und was die Arbeiterorganisationen anbetrifft, so lehne ich jede Verhandlung mit diesen Organisationen ab, die lediglich zu einer Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes beitragen. Die übergroße Mehrheit der deutschen Unternehmer stimmt in dieser Ansicht mit mir überein. Die christlichen Gewerkschaften halte ich für viel gefährlicher als die sozialdemokratischen; letztere sagen wenigstens offen, was sie wollen, eritere aber steuern unter dem Mantelchen des Christentums und wollen unser Wirtschaftsleben beherrschen und unser Geistesleben fesseln.“

Durch diese Aeußerung hatte Kirdorff in ein Weisheitsgegriffen. Der neugebackene Zentrumsabgeordnete Giesberts erklärte pathetisch: „Die christlichen Gewerkschaften marschieren unter der Flagge christlicher und nationaler Grundsätze. Trotz der Stellungnahme des Unternehmertums werden wir uns nicht von unsern bewährten Grundsätzen abbringen lassen.“ Es muß in der Tat bitter sein, wenn die christlichen Schäflein sehen müssen, daß sie trotz ihrer Lammsgeduld von den Kapitalprogen verhöhnt und verachtet werden. Aber das Unternehmertum ist nun einmal „undankbar“; es pfeift auf Christentum und nationale Grundsätze und klopft jedem auf die Finger, der an seinem Profit mäfelt. Und dieser Standpunkt hat denn auch auf der Generalversammlung der Sozialpolitiker den Sieg davongetragen. Professor Schmoller sang in seinem Schlussworte dem großen Kirdorff eine wahre Lobeshymne, während er den Expastor Raumann, der den Kartellen ernstlich zuleibe gehen wollte, einen Demagogon nannte und ihm vorwarf, daß er ohne Sachkenntnis die alten abgestandenen marxistischen Phrasen und materialistischen Theorien vorgebracht habe.

So endete denn der sozialpolitische Tag in Mannheim mit einem Siege der Kapitalprogen und einer Niederlage der bürgerlichen Sozialpolitiker, wodurch die Trostlosigkeit unserer vielgerühmten Sozialpolitik wieder einmal deutlich bewiesen wurde.

Die Christlichen als Unternehmershilfstruppen im Odenwald.

Das bekannte Vorgehen der Herren Kreuzer und Böhlinger in Lindensfels, Bedenkirchen, Bensheim und Elmshausen ist den Lesern unseres Blattes eingehend geschildert worden. Alle Steinarbeiter, die unsern Verbände angehörten, erhielten ihre Kündigung, einige wurden schon früher entlassen, das Koalitionsrecht der Arbeiter ist somit außer Kurs gesetzt. Um gegen unsern Verband, dem beinahe alle Beschäftigten angehören, das Gleichgewicht herzustellen, verschrüb man sich einen christlichen Referenten aus Hagen, der sein Licht in Lindensfels und Reichenbach leuchten lassen mußte. Wir nehmen an, daß Herr Rippel aus Hagen über die momentane Lage im Odenwald, wo den Steinmetzen das Koalitionsrecht willkürlich genommen werden sollte, nicht informiert war, sonst hätte er sich schließlich nicht dazu hergegeben, zu versuchen, die Geschäfte der Unternehmer zu besorgen. Von vornherein sei bemerkt, daß der Arbeiterführer (?) Herr Rippel mit seinen christlichen Darlegungen, sagen wir lieber Verdächtigungen, auch nicht einen Mann gewinnen konnte für seine Bestrebungen. Die erste Versammlung des Herrn Rippel fand am 23. November in Lindensfels statt. Anwesend waren die Herren Kreuzer und Böhlinger, ihre Angestellten zum größten Teile. Ferner waren Kaufleute, Handwerker, Landwirte, sowie auch einige Steinarbeiter zu diesem Vortrag erschienen. Das Thema lautete: Christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften. Bisher ließ sich im Odenwald kein christlicher Agitator sehen, die Steinmetzen konnten überall miserabel entlohnt und schikaniert werden, außer in unsern Rednern kümmerte sich niemand um das Wohl der Steinarbeiter. Nun, nachdem der deutsche Steinarbeiterverband überall sich mächtig Eingang verschaffte, versuchten die Christlichen, in unsere Reihen einen Keil hineinzutreiben, sie holten sich aber nichts, als wie eine große Blamage, besonders in Reichenbach. Die Christlichen, mit den Herren Kreuzer und Böhlinger, scheinen aber auf ihre Versammlung in Lindensfels recht stolz zu sein, wie folgende Mitteilung, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten, beweisen soll.

An die Redaktion des Steinarbeiter in Leipzig.

Ich beehre mich, Ihnen eine am 23. d. M. abends in einer Volksversammlung (?), in welcher Herr Rippel aus Hagen sprach, gefasste Resolution zu übersenden. Herr Rippel sprach über das Thema: „Christliche oder sozialdemokratische Organisation“. Die Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme gefaßt mit Bezug auf die Krise in der Steinindustrie. Ich erwarfe von Ihrer Lokalität, daß Sie diese Resolution abdrucken. Ergebenst Dr. Weßmann.

Resolution.

Die heute im Gasthof zur Traube außerordentlich zahlreich versammelte Arbeiter- und Bürgerchaft von Lindensfels und Umgegend erklärt nach einem Vortrag des Herrn Otto Rippel aus Hagen, daß sie das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaft aufs schwerste verurteilt und nimmt mit Genugtuung die Erklärung der Firma Kreuzer u. Böhlinger entgegen, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiterchaft durchaus anerkenne. Die Versammlung konstatiert, daß die erschienenen Arbeiter auch nicht den Schatten eines Beweises (?) von vorhandenen Mißständen beigebracht haben, die einen so schweren wirtschaftlichen Kampf rechtfertigen (den nur Kreuzer u. Böhlinger wegen ihrer Entlassungen hervorriefen. Red. des Steinarbeiter), wie er durch das Vorgehen (?) der sozialdemokratischen Gewerkschaft heraufbeschwoeren wird.

Die Resolution drucken wir mit großem Vergnügen ab, ja wir sind Herrn Dr. Weßmann dankbar, daß er uns selbige übermittelt. Ueber die Realität, die in dieser Resolution zum Ausdruck kommt, müssen wir allerdings unser Erstaunen aussprechen. Denn wir vernehmen zum erstenmal, A. und B. taiten das Ko-

alitionsrecht der Arbeiter nicht an. Ein größerer Schwindel, als wie er in der Resolution zum Ausdruck gebracht ist, ist uns in unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit noch nicht untergekommen. A. und B. kündigen etwa 250 Steinarbeitern nur wegen Verbandszugehörigkeit, und nun täuscht man die Deffentlichkeit, namentlich in bürgerlichen Kreisen, mit solchen, der Wahrheit direkt widersprechenden Angaben. Die Firmeninhaber A. und B. erklärten jedem einzelnen Steinarbeiter: wegen Zugehörigkeit zum deutschen Steinarbeiterverband muß ich Sie, oder muß ich — dich — entlassen. Und nun gibt die unschuldsvolle, engelreine Firma kund und zu wissen, sie erkenne das Koalitionsrecht der Arbeiter an. — Lächerlich ist es, wenn in der Resolution steht, kein Mißstand konnte vorgebracht werden. Die paar anwesenden Steinarbeiter mit ihrer ungelenten Redeweise, konnten natürlich den zungengewandten Gegnern gegenüber nicht Stand halten. Es wird uns von einem beteiligten Kollegen geschrieben, wir wurden beinahe zu Tode geredet. — In Reichenbach wurde ja einen Tag später Herr Rippel von unsern Wortführern Kraft und Häupler reiner Wein eingegossen, und jammerhade, daß man solchen Leuten nicht schon beim ersten Auftreten das schändliche Gebaren, die Arbeiter gegeneinander zu hegen, gründlich verleidete. Ob die Firma A. und B. auf diese Resolution stolz sein kann, möchten wir doch bezweifeln. Nur eins müssen wir bei dieser Versammlung bedauern. Unsere Kollegen hielten zu gleicher Zeit wie die Christlichen in Lindensfels eine Versammlung ab. Die Redaktion meint, es wäre taktisch hundertmal richtiger gewesen, mit unsern Leuten die christliche Versammlung zu besuchen. Redefreiheit war zugesichert und es hätte nichts geschadet, wenn diesen Leuten einmal richtig heimgeleuchtet worden wäre. Die Gegner kommen nicht zu uns in die Versammlungen, sondern wir müssen zu ihnen kommen, wo sich nur Gelegenheit bietet.

Eitel Einkererei ist es, wenn es heißt, keine Mißstände existieren. Wie liegen hier, kurz gefaßt, die Dinge? Ist es kein großer Mißstand, wenn den Steinarbeitern das gesetzliche Koalitionsrecht förmlich genommen wird (seit drei Wochen folgen Kündigungen auf Kündigungen), wenn bei der Berechnung der Prämien die Arbeiter völlig ausgeschaltet werden, wenn in einigen Betrieben die Kollegen Ohrfeigen angeboten und, wie bewiesen werden kann, in Elmshausen auch ausgeteilt wurden, wenn die Bierpreise, wie in Bedenkirchen, ungeheuer erhöht werden, entweder zum Vorteil des Polters oder der Firma selbst. Wohin der Profit wandert, wissen die Arbeiter nicht. Die Arbeiter empfinden es als Mißstand, daß es für sie keine Lohnbücher gibt, es kann bei der Auszahlung zu viel oder zu wenig in den Geldbüchsen sein, denn es ist nicht üblich bei der Firma A. und B., daß unterschäftlich über den Lohnempfang quittiert wird. Wird es nicht als Mißstand empfunden, daß die Löhne zu niedrig sind? Eine Verbesserung derselben wurde allseitig gewünscht, eine Eingabe wurde in diesem Sinne ja vor etlichen Wochen der Firma von den Steinmetzen in Lindensfels auch übermittelt.

Der Kampf, der unsererseits gegen die Firma geführt werden muß, ist von der Firma mit Absicht heraufbeschwoeren worden, die Arbeiter sind die Angegriffenen. Unsere Kollegen dort mühten feige Leute sein, wenn sie sich jetzt nicht gegen einen solchen Terrorismus wehren wollten. Wir stellen nochmals fest, daß in Bedenkirchen ca. 20, in Lindensfels ca. 100, in Elmshausen ca. 80 und in Bensheim etwa 50 Verbandsmitglieder ihre Kündigung wegen Verbandszugehörigkeit erhielten. Und nun sind die Arbeiter die Friedensstörer. Die abgedruckte Resolution enthält bewußte Unwahrheiten. In der angeblichen — Volksversammlung mit Herrn Rippel an der Spitze, ist natürlich kein Mißstand zu entdecken. — Ja, Herr Rippel, seit wie lange ist es denn gang und gäbe, daß man als Arbeitervertreter, um Mißstände zu erforschen, die Arbeiter umgeht? Solche interessierenden Darlegungen können doch wohl kaum Lehrer, Aerzte, Kaufleute, oder gar Fabrikherren geben! Wir lassen nun die Berichte unserer Kollegen über diese Versammlung selbst folgen.

Lindensfels. Am 23. d. M. fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, um Stellung zu nehmen gegen die Unterdrückung des Koalitionsrechtes bei der Firma Kreuzer u. Böhlinger. Die Kollegen, die die Lokalitäten des Herrn Bedstel bis auf den letzten Platz füllten, lauschten mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten Kraft, welcher am Schlusse reichen Beifall fand.

Zu gleicher Zeit fand auch in der Wirtschaft zur Traube eine sogenannte Volksversammlung statt, wo ein Herr Rippel aus Hagen über christliche und sozialdemokratische Organisationen referierte. Die Versammlung war gut besucht, aber nicht von Arbeitern, sondern von den Herren von Lindensfels, A. und B., mit dem gesamten Generalsstab, Geschäftsleuten und einigen Landwirten. Die Ausführungen des Referenten gipfelten darin, ein richtig denkender Arbeiter könne sich niemals einer sozialdemokratischen Gewerkschaft anschließen, und wenn er sich schon einer angeschlossen hätte, müßte er wieder austreten und zu den Christlichen gehen. An der Diskussion beteiligten sich einige Arbeiter, sowie Böhlinger, welche sich wegen Mißständen im Betrieb usw. miteinander herumstritten. Da die Arbeiter noch nicht so geschult entgegen konnten, glaubten der Herr B., sowie der Referent, die Arbeiter geschlagen zu haben. Der Versuch, die Arbeiter gegeneinander aufzubringen, ist ihnen insoweit gelungen, daß sich am Schlusse 0,0 Mitglieder in den Christlich-Nationalen Verein aufnehmen ließen.

Am 24. November fand mit demselben Referenten in Reichenbach eine Versammlung statt. Anwesend waren zirka 350 Steinarbeiter, sowie die Herren Lehrer, Werkmeister, Poliere, Geschäftsleute und Bauern, ferner eine stattliche Zahl Arbeiterfrauen. Im Anfang, als der Redner sachlich war, hatte er volle Aufmerksamkeit, als er aber seine gewohnten Schimpfereien auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften begann, erhitzen sich die Geister so, daß der Leiter der Versammlung die Ruhe wiederholt herstellen mußte. Und was sprach dieser Redner über die angeblichen sozialdemokratischen Gewerkschaften? Nichts als lauter Verdächtigungen. Burer Reid ging aus seinen Ausführungen hervor, weil die Christlichen in der Gewerkschaftsbewegung keine Fortschritte erzielen können. Mit so gemischten Gefühlen, wie Reichenbach, wird der Referent wohl keinen Ort verlassen haben. Am Schlusse gelangt, fand Redner für seine Arbeit, die er für uns geleistet hatte, von keiner einzigen Person Beifall. Häupler und Kraft traten dem Referenten entgegen, die christlichen Gewerkschaften müssen dem Zentrum ihre Stimmen geben, die Kirch- und Dunderschen wählen freimüthig, die Evangelischen nationalliberal, sei es da ein Wunder, wenn die freien Gewerkschaften nicht die Prototexturer

in den Reichstag senden, die gegebenenfalls auch für eine Zucht-hausvorlage eintreten? Die Arbeiterinteressen vertreten doch wohl in erster Linie die Sozialdemokraten. Diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall ausgezeichnet, der beste Beweis, daß man mit dem Hinweis, Ihr seid oder Ihr mausert Euch zu Sozialdemokraten, auch die Odenwalder Steinmetzen nicht mehr vom Steinarbeiterverband fernhalten kann. Als der Referent nochmals das Wort ergriff und unsre festgestellten Tatsachen auf den Kopf stellen wollte, war die Ruhe fast nicht mehr aufrecht zu erhalten, Kraft erwiderte nochmals und fand allgemeinen Beifall. Nachdem er erwidert, war die Polizeistunde eingetreten und es strömten alle auf einmal zum Saal hinaus. Der Referent wollte das Schlusswort ergreifen, fand aber keine Hörer mehr, indem sich die Arbeiter sagten, hier ist kein Boden, um christliche Streifbrecher zu organisieren.

Die Christlichnationalen werden wohl keine Lust mehr haben, ihre Schritte dem Odenwald zuzuwenden, und auch die Herren Kreuzer und Böhlinger werden von dem erzieltten Erfolg des Herrn Rippel sehr wenig erbaut sein.

Ein Unternehmerwort, ein heilig Wort!

Im in der Steinhauerei der Firma Rupp u. Möller in Karlsruhe geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, beschloßen die organisierten Steinhauer der Firma dieses Frühjahr einen Tarif vorzulegen. In aller Stille wurde derselbe ausgearbeitet, um zu geeigneter Zeit der Firma vorgelegt zu werden. Jedoch ehe derselbe zur Beschlußfassung der Versammlung vorgelegt worden war, erfuhr die Firma von ihren Hinterbringern von der Sache. In der Befürchtung, daß es zu einem Streit kommen könne infolge Nichtbewilligung in einer für sie so ungunstigen Zeit, rief die Firma die Fabrikinspektion zur Vermittlung an, welche sich auch dazu bereit erklärte. Daraufhin wurde nun der fertige Tarif Mitte April eingereicht. Die erste Antwort war die sofortige Entlassung der Kommission, angeblich wegen unverschämten Forderungen, welche in dem vorgelegten Tarif enthalten gewesen sein sollten. Mit welcher Mühe die Firma denselben durchgesehen, ist daraus ersichtlich, daß die als unverschämte hingestellten Forderungen keine andre Bezahlung verlangten, als vorher schon geleistet wurde. Auf dieses aufmerksam gemacht, wurden die Leute wieder aufs Bureau gerufen und mit ihnen verhandelt, auch die Kündigung zurückgenommen. Alles dieses spielte sich vormittags ab. Auf die Anregung der Firma, nachmittags die Verhandlungen fortzusetzen, erschien die Kommission wieder im Bureau. Jetzt erklärte die Firma, mit derselben nicht weiter zu verhandeln, da verschiedene Mitglieder derselben noch kein Jahr im Geschäft seien, daher noch nicht ihr Vertrauen besäßen. Sie machte nun Vorschläge von Leuten, mit denen sie bereit sei, zu unterhandeln. Eine am gleichen Abend einberufene Versammlung erklärte sich mit dem Vorschläge der Firma einverstanden bis auf einen der Vorgelegenen, Namens Wibenbacher, welcher das Vertrauen der Kollegen noch nicht besaß. An Stelle des letzteren wurde von der Versammlung ein anderer gewählt. Am nächsten Tage wurden nun die Verhandlungen mit der neuen Kommission fortgesetzt und zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt mit der Bestimmung, daß der Tarif bis zum 1. Mai, mit Unterschrift versehen, in Kraft tritt. Am Schlusse der Verhandlungen wurde von seiten der Kommission angeregt, infolge der Bewegung keine Maßregelungen vorzunehmen, bei etwa eintretendem Arbeitsmangel die Ledigen der Reihenfolge nach zu entlassen, die zuletzt gekommenen zuerst, bei weiter anhaltendem Arbeitsmangel die Arbeitszeit zu verkürzen im Einverständnis mit der Arbeiterschaft resp. der Kommission. Dieses wurde mit der größten Bereitwilligkeit von seiten der Firma zugestanden. Dabei machte Herr Emil Rupp noch die Aeußerung, daß sie einen deartigen Geschäftsgang nicht erwarten, im übrigen seien wir ja Menschen, die miteinander reden können. Aber wie, lehrt das Bettere.

Der 1. Mai kam und ging vorbei, die Arbeitszeit sowie der Lohn waren nach Tarif geregelt, aber die Unterschrift blieb aus. Mehrmals darauf aufmerksam gemacht, wurde Arbeitsdrang im Bureau vorgeführt. Nachdem erklärte Herr Emil Rupp, nicht zu unterschreiben, denn wenn er einmal dieses getan, so würde immer mehr gefordert. Endlich erklärte er sich bereit, zu unterschreiben, aber nur seiner Arbeiterschaft, nicht der Organisation gegenüber. So wurde denn nun Anfang Juli der Tarif von Herrn Emil Rupp, sowie den Mitgliedern des Arbeiterausschusses (Steinhauerei-Abteilung), die auch zugleich Kommissionsmitglieder waren, im Protokollbuch des Arbeiterausschusses durch Unterschrift sanktioniert.

Am 9. September bekamen auf einmal, wegen angeblichem Arbeitsmangel, fünf Kollegen gekündigt, darunter zwei Verheiratete, ehemalige Kommissionsmitglieder. Hierzu nahm am 10. September eine Werkstatteversammlung Stellung dahingehend, daß am 11. September die Kommission bei Herrn Emil Rupp vorstellig wurde, um zu veranlassen, die Kündigung der zwei verheirateten Kollegen rückgängig zu machen. Bei Nichterreichung des letzteren verpflichteten sich sämtliche ledigen Kollegen, sofort zu kündigen und abzureisen.

Die Kommission wurde vorstellig; unter derselben befand sich auch ein von der Kündigung Betroffener. Der letztere, als Vorkühler, machte nun Herrn Emil Rupp auf seinen Wortbruch aufmerksam. Bei der wahren Bezeichnung seiner Handlungsweise geriet nun Herr E. Rupp in eine maßlose Wut, bebaute den „Missetäter“ mit Hochschul-Bildung verrätenden Ausdrücken wie Sauhund und Lenzhub und bewies ihm das Bureau. Auf dieses hin kündigten jetzt sämtliche ledigen Kollegen. Die Kündigung des andern Verheirateten wurde nun zurückgenommen. Im Laufe der Woche kehrte auch Werkmeister König von seinem Erholungsurlaub zurück. Dessen erste Tat war, am 16. September zwei weiteren Kommissionsmitgliedern sowie dem, dessen Kündigung wieder rückgängig gemacht worden war, zu kündigen. Ob dieses aus eigenem Antrieb oder auf höhere Anordnung geschah, können wir nicht beurteilen. Daraufhin wurde nun der Zentralvorstehende Kollege Starke am 16. sowie am 18. September bei der Firma vorstellig. Es wurde aber von Herrn E. Rupp jede Verhandlung abgelehnt. In der am 18. September stattfindenden Versammlung wurde in Anbetracht der Jahreszeit davon abgesehen, in einen Streit einzutreten, dafür aber die Sperre verhängt. Diese paßt nun dem Herrn Rupp durchaus nicht, das bezeugt nachfolgender Wortlaut des Kündigungsbeschlusses, welcher am 11. November sieben organisierten Kollegen der Firma zugestellt wurde:

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir gezwungen sind, Ihnen mitzuteilen, daß wir keine Arbeit mehr für Sie haben. Da infolge der Agitation und der schon jetzt ohne irgendwelche Berechtigung über uns seit Wochen verhängten Sperre es ungewiß ist, ob wir die Fabrikation im nächsten Frühjahr wie bis jetzt ordnungsgemäß weiterzuführen in der Lage sind, so können wir nicht wie seitdem im Winter im großen Maßstabe Lagerwaren ausführen, müssen uns vielmehr jetzt auf das geringste Maß beschränken, wodurch Ihre Arbeitskraft entbehrlich wird. Karlsruhe, den 11. November 1905.

(Name des Betroffenen.) (Stempel.)

Sieben Verheiratete werden dadurch jetzt aufs Pflaster geworfen. Leute, die 2, 3, 4, 7 und 9 Jahre im Geschäft tätig waren, darunter Leute, die ihre wirtschaftlich besten Jahre dem Geschäft liehen, und warum müssen sie jetzt heraus? Weil Sie keine Sklaven sein wollen. Dadurch, daß sie eintraten für ihren Verband, haben sie die Rechte der Herren Rupp über sich heraufbeschwoeren. Nun, wenn dieser glaubt, dadurch eine Aufhebung der ihm so mißliebigen Sperre zu erzwingen, so befindet er sich im Irrtum. Nach Aussage des Herrn Emil Rupp hat er ja jetzt glücklich alle Organisierten herausgeschmissen, folgedessen hat ja auch die Organisation gar kein Interesse daran, die Sperre wieder aufzuheben. Ob nun die letztere nach Ansicht

des Herrn Rupp zu Unrecht verhängt wurde, wollen wir durch Veröffentlichung der Vorgänge weiteren Kreisen zur Beurteilung zugänglich machen. Unser Verband hat aber gelegentlich die Aufgabe, diesem Herrn solche arbeiterfreundliche Mäsuren auszutreiben.

Korrespondenzen.

Berlin. In einer kombinierten öffentlichen Versammlung der Filialen I und II, die am 12. November unter sehr zahlreicher Beteiligung im Gewerkschaftshause tagte, sprach Genosse Ströbel über den politischen Massenstreik. Zunächst zeigte der Redner, wodurch sich der politische Massenstreik vom anarchistischen Generalstreik unterscheidet. Dieser soll nach der Annahme seiner Befürworter das Mittel zum Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sein, während der politische Massenstreik nach dem Beschluß des Jenaer Parteitags nur ein Mittel neben anderen ist, welches angewandt werden soll, um politische Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen oder zu erobern. Unter welchen Umständen der politische Massenstreik mit Aussicht auf Erfolg angewandt werden kann, das ist eine Frage, die sorgfältig studiert werden muß. Dazu bietet das Buch der Genossin Roland-Goltz außerordentlich wertvolles Material. Die in Jena angenommene Resolution sagt, daß wir den Massenstreik anwenden, wenn das allgemeine Wahlrecht bedroht wird. Dieser Beschluß ist ein sehr glücklicher, er ist eine Warnung an die Adresse der Scharfmacher, die, wenn sie wissen, daß die Arbeiter sich nicht alles gefallen lassen, sich bestärken werden, ehe sie zur völligen Entrechtung der Arbeiterklasse schreiten. Wenn man aber, wie es auch in Jena geschehen ist, gegen den Massenstreik Einwendungen macht wie die: Wir können mit diesem Mittel gegen die Besitzenden nichts ausrichten, dann ermutigt man die herrschende Klasse zum Vorgehen gegen die Arbeiterklasse. Die Resolution des Parteitags spricht aus, was im Gefühl der Arbeiterklasse lebt: Wenn man uns das allgemeine Wahlrecht nimmt, so antworten wir darauf mit dem allgemeinen Streik. — Wenn ein Massenstreik Erfolg haben soll, dann muß vorausgesetzt werden, daß die Arbeiterklasse von dem Gedanken durchdrungen ist: Jetzt ist die Situation so, daß wir den Massenstreik als politisches Kampfmittel anwenden müssen. Unter solchen Umständen werden auch die noch nicht organisierten Arbeitermassen mit in den Kampf gerissen, wie wir es in Rußland sehen, wo die Zahl der in den politischen Streiks beteiligten Arbeiter größer ist, als die Zahl der Organisierten. Man braucht in der Anwendung des politischen Massenstreiks nicht ängstlich zu sein, man soll ihn aber auch nicht ohne Not provozieren. Einen politischen Massenstreik kann man eben so wenig wie die von Breslau aus angeregte Massendemonstration für das allgemeine Wahlrecht in Preußen arrangieren, wie man eben eine Versammlung arrangiert. Derartige Veranstaltungen müssen aus dem Bedürfnis der Massen herauskommen. Man muß sich bewußt sein, daß es in solchen Situationen nicht ohne Zusammenstöße mit der Staatsgewalt abgeht, und da müssen die Arbeitermassen von dem Gefühl beseelt sein: Wenn auch der Polizeisabel dreinschlägt, wir tun, was wir für nötig halten. So ist die Stimmung aber gegenwärtig nicht, denn sonst hätte der Breslauer Vorschlag im Volke Widerhall gefunden. Es hat sich aber keine Stimme dafür erhoben, also ist auch keine derartige Stimmung in den Massen vorhanden. Einstweilen sind die Arbeiter nicht genügend vorbereitet, um mit dem Kampfmittel des politischen Massenstreiks gegen die herrschende Klasse vorzugehen. Erst wenn die Massen der Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Rechte gekommen sind, dann ist es Zeit für uns. Vorerst müssen wir die Arbeiter aufklären, das Massenbewußtsein in ihnen wecken und sie zu Partisten erziehen. Agitieren und organisieren wir also, damit schaffen wir die Vorbedingung zum bewußten Kampf gegen die reaktionären Mächte. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Zur Diskussion meldete sich niemand. Die Versammlung erklärte sich mit den vom Referenten entwickelten Gedanken einverstanden.

Hierauf entstand eine kurze Debatte über die Vorwärtsfrage. Den Anlaß dazu bot eine aus der Versammlung herausgegebene Resolution des Inhalts:

„Die Versammlung der Steinarbeiter, als die am nächsten dazu Berufenen, erklärt sich mit der Haltung ihres Gewerkschaftsblattes Der Steinarbeiter in Sachen des Vorwärtskonfliktes einverstanden. Sie beurteilt das Verhalten des Korrespondenzblattes der Generalkommission, sowie dessen Hinter- und Nebenmänner auf das schärfste, da dies Verhalten eine Schädigung nicht nur der sozialdemokratischen Partei, sondern der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands ist.“

Zu dieser Resolution sprachen mehrere Redner. Sie führten übereinstimmend aus: Die ausgeschiedenen Vorwärtsredakteure hätten sich schon seit Jahren nicht in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Parteigenossen befunden, sie hätten deshalb schon längst ihre Posten aufgeben müssen. Durch die Veröffentlichung ihrer Rindigung hätten die Redakteure ihre persönliche Angelegenheit unberechtigterweise in die Öffentlichkeit gebracht und dadurch die Partei geschädigt. Jetzt suche man diese Angelegenheit, ganz mit Unrecht, als einen Streik hinzustellen und die jetzigen Redakteure als Streikbrecher anzuschwärzen. Der Vergleich treffe nicht zu; denn die Redakteure seien keine Lohnarbeiter, sondern sie besäßen Vertrauensämter. Wenn man diese Angelegenheit als einen Streik betrachten wolle, dann müßte man auch abtanzende Minister als Streikende und ihre Nachfolger als Streikbrecher bezeichnen. Das werde aber wohl niemandem einfallen. Durch das Verhalten des Korrespondenzblattes werde das die Partei schädigende Vorgehen der früheren Vorwärtsredakteure unterstützt und gefördert. Es liege System in der Sache. Die Gewerkschaften sollen gegen die Partei mobil gemacht werden. Dagegen müsse entschieden Vertahrung eingelegt werden.

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Delegierte der Stein- und Lederarbeiter zur Allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter hatten sich vor einiger Zeit mit einer Beschwerde über den Kassenvorstand an die Aufsichtsbehörde gemeldet. Die Beschwerde betraf den Beschluß einer Generalversammlung, in welcher die Gehaltsfrage der Kassengestellten geregelt wurde. Von sämtlichen Delegierten wurde dieser zuunsten der Angestellten herbeigeführte Beschluß als herabwürgend empfunden und von den obigen Delegierten der Beschwerdebeweg befrachtet. Die Angestellten haben diese Angelegenheit nun dem Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission unterbreitet. Derselbe hat darauf — ohne die angeschuldigten Protektoren zu laden oder zu hören — an den Vorstand der Steinarbeiter das Verlangen gestellt, seinen Delegierten eine Rüge zu erteilen, da ihr Vorgehen dem Verhalten, welches man von organisierten Arbeitern erwarten müsse, nicht entspreche. Die Beschwerde selber ist übrigens zurückgezogen worden. — Die Versammlung nahm zu dieser Angelegenheit folgende Resolution an: „Die Versammlung der Stein- und Lederarbeiter beurteilt das Verhalten des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission und lehnt es ab, denjenigen Delegierten eine Rüge zu erteilen, die den Protest unterzeichnet haben.“

Zu bemerken ist hierzu, daß die Resolution gegen das vorläufige und parteiische Urteil der Gewerkschaftskommission sich wendet. Der Ausschuß hätte sich sagen müssen, daß, wenn langjährig organisierte Arbeiter sich beschwerdeführend und übrigens statutengemäß an die Aufsichtsbehörde wenden, um ihr Recht zu fordern, dann auch Gründe schwerwiegender Natur bestimmend waren. Hierauf wurde seitens der Bildhauer eine Darstellung des Streiks bei der Firma Schilling gegeben. Von 28 bei der Firma beschäftigten Bildhauern, wovon 25 verheiratet, haben 27 die Arbeit niedergelegt, da sowohl auf dem Werkplatz als auch auf den Bauten die Unterunterstände den hygienischen Anforderungen nicht entsprechen. Der Streik währt bereits 3 1/2 Wochen. Gegen die Streikenden sind schwarze Listen in Umlauf gesetzt

worden. — Während des Ausstandes engagierte die Firma einen Bildhauer aus Böhmen, dem sie aber verschwieg, daß bei ihr gestreikt wird. Als der Betreffende hier über die Sachlage aufgeklärt wurde, verließ er die Arbeit wieder und verklagte die Firma auf Schadenersatz. Der Kollege aus Böhmen schloß sich den Streikenden an und erfüllte auch seine Pflicht als Streikposten. Bei dieser Gelegenheit wurde er auf Veranlassung eines Bildhauers namens Meister durch einen Polizeibeamten nach der Wache gebracht und dort wurde ihm nach ganz kurzer Zeit seine Ausweisung als „lästiger Ausländer“ eingehändigt. — Der Redner erbat die Steinarbeiter, den Streik dadurch zu unterstützen, daß sie keinerlei Bildhauerarbeit anfertigen. Die Versammlung stimmte dem zu und erklärte den streikenden Bildhauern ihre vollste Sympathie.

Gerolshofen. Am 23. November fand im Gasthof des Herrn Lorenz Förster unsere Monatsversammlung statt, welche gut besucht war, ein Zeichen, daß die Kollegen zusammenhalten. Ein schöner Zustand herrscht noch auf dem Platze der Firma Leibold, besonders in der Kantine, welche mehr einem Stall ähnlich sieht, als daß sich Menschen darin aufhalten können; denn auf acht Quadratmeter Raum frühstücken 23 Mann, und da geht noch Platz ab für Ofen, Tisch und Bierbod. Ebenso sieht es auch in der Arbeitsbude aus, denn diese wird höchstens einmal gründlich gereinigt. Es ist unbegreiflich, daß von höherer Stelle nicht nachgesehen wird, da gehört einmal energisch vorgegangen zu werden von der Aufsichtsbehörde. Durch unsern Zusammenhalt haben wir wieder einige Kollegen für den Verband gewonnen. Ferner wurde beschlossen, daß etliche Kollegen nach Wiesentheid gehen, damit auch diese Steinmehrer für unsre Sache gewonnen werden. Wie sehr die Herren Meister noch gegen unsern Verband sind, beweist folgendes: Herr Meister Konrad Vetter sagte zu unserm Vorstand, er solle für die Wochenbeiträge seinen Kindern Brot kaufen. Die Versammlung beschloß dann noch, denjenigen Kollegen, welche die Monatsversammlungen nicht besuchen, eine Strafe von 30 Pfg. aufzuerlegen. Wir müssen hier ganz energisch vorgehen.

Hamburg II. Die am 19. November tagende Monatsversammlung hätte besser besucht sein können. Der Vorsitzende erläuterte den Punkt: Wie stellen wir uns den Unorganisierten gegenüber? In kurzen Worten und meint, da es sich hier um die noch vorhandenen Arbeitswilligen handle, so sei die Frage eine wichtige. Es fand hierzu eine sehr sachliche und rege Diskussion statt. Kollege Heumann bringt folgende Resolution ein: „Die heute tagende Versammlung der Marmorarbeiter beschließt, soweit es möglich und soweit es unsre Ehre erlaubt, mit den Nichtorganisierten zu verkehren, und soweit es angängig, die Aufnahme derselben der Versammlung vorzuschlagen.“ Heumann begründet die Resolution in trefflichen und klaren Worten; dieselbe wurde aber bei der Abstimmung abgelehnt. Kollege F. Rüb stellt folgenden Antrag: „Die Nichtorganisierten auf keinen Fall in den Verband aufzunehmen.“ Der Antrag wurde von den Kollegen sehr lebhaft debattiert und mit großer Majorität angenommen. Zum 2. Punkt nimmt Kollege Heumann das Wort und erklärt der Versammlung die Bedeutung des Gehilfenausschusses. Es wurden hierzu ein Hauer und zwei Schleifer gewählt. Im 3. Punkt wurde einstimmig beschlossen, dem tranken Kollegen B. Lauter eine Weihnachtsunterstützung von 30 Mark zukommen zu lassen.

Hof bei Kassel. Sonntag, den 19. November fand in unserm Gewerkschaftslokale eine sehr gut besuchte Distriktsversammlung statt, in welcher sich auch sämtliche Kollegen der Zahlstelle Kassel einfanden. Als Referent war der Gauleiter Wagner aus Erfurt erschienen. Der Referent behandelte in 1 1/2 stündiger Rede das Thema der gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, Notwendigkeit und Nutzen unserer Organisation. Er schilderte in ausführlicher, lehrreicher Weise die Entstehung der heutigen Gesellschaftsklassen, sowie die Unternehmerverbände betriebs ihrer Einigkeit. Dann sprach Redner über die Fleischnot einige Worte, die Fleischpreise seien für die Arbeiter unerträglich. Auch um die politische Organisation sollten sich die Kollegen kümmern und etwas mehr dafür tun. Lebhaften Beifall. Diese Versammlung brachte uns wieder einen schönen Schritt vorwärts. Mit Freuden sehen wir, daß sich auch in Kassel die Organisationsverbältnisse wieder gebessert haben. Unsere Parole lautet: Unermüdbar tätig für unsere Berufsorganisation. Dann geht es auch vorwärts. Weiter wurde noch eine Tariff Kommission gewählt, damit doch endlich einmal darangegangen werden kann, das wilde Affordsystem zu beseitigen. Dem Referenten besten Dank für seine lehrreichen Worte.

Strehlein. Am 7. November tagte im Gasthaus des Herrn Deppisch unsere Versammlung des dritten Quartals, welche sich keines besondern Besuches zu erfreuen hatte, was hauptsächlich der Klauheit zuschreiben ist. Man möchte fast meinen, es wären im Muschelkalkgebiet die rosigsten Verhältnisse, was leider nicht der Fall ist. Als erster Punkt der Versammlung wurde die Abrechnung des dritten Quartals vorgenommen, welche als gut und zufriedenstellend von den Revisoren befunden wurde. Weiter wurde die Erhöhung der Beiträge besprochen. Wegen schlechten Verdienstes und schlechter Konjunktur wurde die Sache bis auf weiteres verschoben. Im Punkt Verschiedenes wurde der vergangene Streik wieder mit in die Debatte gezogen. Es wurde von einigen Kollegen befürwortet, die Sache endlich einmal ruhen zu lassen und sich mit andern Sachen zu befassen. Was die Aufnahme verschiebener Kollegen anbetrifft, welche uns während des Streiks in den Rücken fielen, so wurde, da die Herren es nicht für nötig fanden, in der Versammlung zu erscheinen, die Sache den verschiedenen Plätzen und den Vordenrechten überwiesen. Zum Schluß forderte ein Kollege die Versammelten auf, fest und treu zusammen zu arbeiten, damit auch hier endlich andre Verhältnisse geschaffen werden.

Leipzig II. Am 15. November tagte eine öffentliche Versammlung der Marmorarbeiter im Römischen Hof. Gauleiter Hein referierte über Entstehung und Entwicklung der Organisation. Kollege Siebold gibt nach Schluß dieses Vortrages noch einige ergänzende Ausführungen. Zugleich kommt Siebold auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sprechen. Selbige sind selbstverständlich keine glänzenden zu nennen. Unser Tarif, der im Jahre 1900 geschaffen wurde, hat seit seinem Bestehen keine große Veränderung bekommen, die unsere Lohnverhältnisse hätten günstiger gestalten können. Dies liegt jedoch nur an dem Stumpfsinn der Kollegen selber. Die Mehrzahl der Kollegen denkt, wir haben ja die Leute gehöhlt, die für uns zu arbeiten haben, uns ist es einerlei, ob sich die Lage in unserem Arbeitsverhältnisse verbessert oder nicht, wenn es nicht zulange, wird das nötige durch Pflücherei oder sonstige Nebenarbeit aufgebracht. Ebenso traurig ist es, wenn in einer so kleinen Gewerkschaft die Versammlungen so schlecht besucht werden, da man doch einen jeden Mann vermisst, der da fehlt. Also, in Zukunft, Kollegen, mehr Einigkeit!

Mittelsteine. Am 12. November tagte in Villa Nova die vierte Distriktsversammlung, welche ziemlich gut besucht war. Als Referent war der Gauleiter der Bildhauer Schramm-Breslau erschienen, welcher den Streik der Berliner Bildhauer bei der Firma Schilling behandelte und zu strenger Solidarität aufforderte, damit hier keine Streitarbeit gemacht werden sollte, was auch einstimmig versprochen wurde. Bei der Vorstandswahl wurde der Kollege Paul Müller-Schlegel als Vorsitzender und Paul Bohrer-Mittelsteine als Kassierer gewählt; beide nahmen das Amt an. Dann erfolgte die Abrechnung vom dritten Quartal, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden war. Dem Kollegen Heinrich Rabe wurde Decharge erteilt. Unter Verschiedenem wurde das Verhalten der Kollegen Weiswange, Weisflog und Franke debattiert, die nicht ganz drei Wochen hier waren und auf das Faszienjahr direkt ausgegangen sind, wodurch sie nur den Verband in Mißkredit bringen. Es wird den Kollegen

nochmals ans Herz gelegt, auf Einhaltung der Bundesratsverordnung zu achten. Die uns noch fernstehenden Kollegen bei der Firma Niggel möchten doch bald einsprechen, daß sie doch selbst den größten Schaden sich tun. Kollege Joseph Strauch meinte, sie bestehe Frau und Kinder durch ihre Hinterlist. Einer für alle, alle für einen. Die Firma Niggel wurde an ein einheitliches Lohnzahlensystem erinnert, damit nicht immer einer 40, der andere 45, der dritte 50 Pfg. pro Stunde erhält; auch kranke Kollegen haben sich das Geld verdient, indem dieselben der Firma seit ihrer Lehrzeit ihre Kräfte geopfert haben. Die ganze Versammlung wurde in böhmischer und in deutscher Sprache abgehalten, indem der Obmann der österreichischen Bildhauer in Vertretung der Steinarbeiter Oesterreichs den Dolmetscher machte.

Wiesbaden. Unsere öffentliche Steinarbeiterversammlung am 14. November war recht gut besucht, auch Nichtorganisierte waren anwesend. Es wurde nach Verlesen der Abrechnung vom dritten Quartal, die von den Revisoren für richtig befunden wurde, dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann gab der Statistiker die Ergebnisse für den Ort bekannt und bemerkte dabei, daß in Zukunft viel mehr Sorgfalt von dem Einzelnen auf die Ausfüllung der Statistiken verwendet werden müßte, dann sei viel leichter zu arbeiten. Auch müßten die Kollegen alle ihre Statistiken abgeben, um ein richtiges Bild der örtlichen Verhältnisse erzielen zu können. Dieses sei bei 30 Prozent Beteiligung nicht möglich. Es erhielt nun unser Arbeitersekretär, Genosse Müller, das Wort zu seinem Vortrag: Zeitlohn, Stücklohn und Prämienystem. Als Einleitung zeigte er an Beispielen, daß Ware und Arbeitskraft sich wesentlich unterscheiden. Weiter schilderte er den Uebergang zur Leibeigenschaft. Wie diese dann, infolge der französischen Revolution von 1789 in allen Kulturstaaten, mit Ausnahme Rußlands, wo es erst 1862 geschah, aufgehoben wurde. Es sei nun der Unbemittelte wohl frei, jedoch ohne jedes Existenzmittel auf seiner Hände Arbeit angewiesen gewesen. Hier ergriff Redner die Gelegenheit, uns den Unterschied zwischen Ware und Arbeitskraft klarzumachen durch recht drastische Beispiele. Nachdem er noch die Schätzung der Arbeitskraft früherer Zeiten sowie deren Einheitswerte erwähnt hatte, ging Redner über zum Kapitel: Zeitlohn, für den Arbeiter das günstigste Lohnsystem. Durch das sogenannte Schwitzsystem, Anstellen von Vorarbeitern bei 3 bis 4 Mann, würde jedoch auch im Zeitlohn der Arbeiter gezwungen, das Letzte herzugeben, ebenso wie im Stücklohn. Daß dieser vorteilhafter für die Unternehmer sei, leuchte wohl jedem ein. Auch verlangten viele Arbeiter Afford, weil ihnen dann Gelegenheit geboten sei, in kürzerer Zeit ein Mehr gegen Zeitlohn zu verdienen. Wie aber die betreffenden Arbeiter ihre Hauptexistenzmittel, Arbeitskraft, vor der Zeit zu verbrauchen gezwungen sind, um bei Stücklohnverzügungen auf derselben Lohnhöhe zu bleiben. Auch auf den Zeitlohn wirkte dieses dann immer ungünstig, ebenso auf die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes. Redner kommt zu dem Schluß, daß alle Lohnzahlungs-methode eine ungenügende Vergütung im Verhältnis zur geleisteten Arbeit und keine entsprechende Gegenleistung seien, denn das, was die Arbeitsleistung mehr als den Lohn an Wert ergibt, fließt in des Unternehmers Taschen. Eine Aenderung der ganzen ungerichten Verhältnisse sei nur durch Auflösung der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft möglich und der Hauptfaktor, dieses zu erreichen, sei ein Zusammenschließen aller Arbeiter in den modernen Arbeiterorganisationen. Die nun folgende Diskussion des mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages gipfelte darin, diese Behauptungen zu beherzigen und dementsprechend vorwärts zu arbeiten. Die Aufforderung an die anwesenden, noch nicht organisierten Kollegen, durch Beitritt zum Verband ihr Teil beizutragen zu unsern Bestrebungen, brachte uns sieben neue Mitglieder, lauter Marmorarbeiter. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, der Vorstand möge öfters Versammlungen so interessant gestalten, wie diese.

Winterkassen. Die hier am 12. November stattgefundene Versammlung, in welcher Gauleiter Kraft-Mannheim referierte, war äußerst stark besucht. Der Referent behandelte in glänzender Weise das Thema: Welchen Wert hat die gewerkschaftliche Organisation? Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall ausgezeichnet. Auch die anwesenden Frauen folgten diesem Vorlesungen mit ersichtlichem Interesse. Besondere Entrüstung rief es hervor, als die vielen Maßregelungen bei Kreuzer und Vöhringer bekannt gegeben wurden, hauptsächlich in Bedenklichen und Emsbauern. Diese Versammlung brachte uns noch etwa 20 Mitglieder. — Nachschiff des Schriftführers: Glückliche Tage nach dieser Versammlung wurden hier in Lindenfels ca. 100 Kollegen mit der Kündigung bedacht. Die Herren Firmeninhaber werfen, wie sie sagen, alle Organisierten aufs Pflaster. Hoffentlich lassen sich die Kollegen durch ein solches Treiben nicht vom Verbands abhalten.

Berichtigung. In Nr. 43 des Steinarbeiters vom 28. Oktober 1905 befindet sich ein Artikel, überschrieben: Agitation im unteren Mainthal. Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich berechtigte Redaktion um Aufnahme folgender Berichtigung: 1. Es ist unwar, daß ich dem Kaplan in Bischbrunn brieflich mitgeteilt habe, daß ein Referent der freien Gewerkschaften zu einer öffentlichen Versammlung von Steinarbeitern nach Oberndorf berufen sei. 2. Unnahr ist ferner, daß auf meinen Befehl die Versammlung bereitet wurde, ich hatte mit den ganzen Vor-kommissionen bezüglich der Bereitung der Versammlung nichts zu tun. 3. Unnahr ist ferner, daß ich mich bei meiner vorhergehenden Anwesenheit in Oberndorf dahin ausdrückte: „Leider sind wir in Faulbach, Stadtprojekten usw. überall zu spät gekommen, werden aber sorgen, daß dies nicht mehr vorkommt; und sollte der Mittenmaier kommen, so leuchte ich ihm schon heim.“ Mit größter Hochachtung! Ludwig Strikinger, Arbeitersekretär. Es ist Sache unsres Gewährsmanns, auf diese Berichtigung zu erwidern.

Rundschau.

Gemeindevahltag! Am 4. November 1905 fanden in Kirchheim im Steigental, Zahlstelle des 14. Gaues, die Gemeindevahlen statt. Unre dort organisierten Steinarbeiter stellten eine selbständige Liste auf und erreichten einen vollständigen Sieg. Als Bürgermeister wurde der Steinmehrer Andreas Kager, als Beigeordneter Adam Greh, Mühlenbesitzer, gewählt. Die Steinmehrer Jakob Diroll, Georg Kumpel, Johann Hofmann, Michael Siedler und Joh. Wirth wurden als Gemeindebevollmächtigte und die Steinmehrer Baptist Folger, Andreas Hoffmann, Johann Schäber und Michael Hornung als Ersatz-männer gewählt. Somit ist die ganze Gemeindeverwaltung mit Ausnahme des Mühlenbesitzers Adam Greh in Händen unsrer Kollegen.

Kirchheim. Hoffsteinmehrermeister Schilling, welcher hier ein größeres Gelände zur Gewinnung von Muschelkalk angekauft hat, wird in nächster Zeit eine größere Steinagerei nebst Steinmehrerwerkstätte erbauen. Man darf daraus schließen, daß Schilling mit großen Arbeitsaufträgen überhäuft ist. Auch sonst herrscht im Muschelkalkgebiet eine rege Tätigkeit. Von Arbeitsmangel nirgends eine Spur.

Zegernsee (Oberbayern). Mit einem Aktienkapital von 750000 Mark wurde hier eine Aktiengesellschaft zur Marmor-gewinnung im nahen Ort Schärpen gegründet. Finanziell am meisten beteiligt ist die württembergische Landesbank.

Demitz-Thumitz. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 25. November früh gegen 8 Uhr im Steinbruch Großer Jungferstein. Die Brecher Karl Purtsche aus Raundorf und Emil Krause aus Golz waren ganz nahe an einer hohen Felswand beschäftigt. Plötzlich löste sich ein Teil der Wand los und stürzte in die Tiefe, wobei Krause so unglücklich von einem schweren Block getroffen wurde, daß das linke Bein gänzlich zerschmettert wurde und er auch noch andere Verletzungen davontrug. Auf Anordnung des herbeigerufenen Arztes wurde Krause in das Krankenhaus zu Baugen überführt, wo ihm sofort das Bein amputiert wurde. Der Bedauernswerte ist aber dabei seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Verstorbene hinterläßt eine Witwe und fünf unermöglichte Kinder. Sein Mitarbeiter Purtsche konnte sich noch durch einen glücklichen Sprung vom sicheren Tode retten.

Seppenheim a. d. W. Ein schwerer Unglücksfall, dem vier Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich am 16. November in dem den Gebrüder Becht von hier gehörigen, in der Gemarkung Sonderbach belegenen Granit-Steinbruch. Die beiden Besitzer waren um die angegebene Zeit an der Vornahme einer Gesteinsporengung, mit der Anlage eines sogenannten Lotscherstufes, beschäftigt. Es werden hierbei zur Gewinnung größerer Felsstücke in bereits im Gestein vorhandene Risse oder Spalten größere Mengen Pulver eingebracht, die Spalte dann mit andern Materialien, wie Steinmehl, Erde usw. fest verschlossen, und der Schuß durch eine vorher eingeführte Randschnur zur Entladung gebracht. Durch einen unglücklichen Zufall, vielleicht auch infolge nicht genügender Vorsicht, entzündete sich der Schuß schon während des Ladens. Während ein dabei mit-tätiger Italiener durch die Erd- und Gesteinsmassen erdrückt und der eine der Gebrüder Becht sofort getötet wurde, dürfte der andre Becht in Kürze seinen tödlichen Verletzungen erliegen. Von zwei in der Nähe mit der Verlegung eines Schienenstrangs beschäftigten Arbeitern kam der eine mit heiler Haut davon, während der andre, namens Schuch, gräßliche Verletzungen erlitt, die nach einer halben Stunde seinen Tod herbeiführten. Sämtliche vier Verunglückte waren Männer in den besten Jahren, anfangs dreißig, und hinterlassen Familie.

Eine Auflage von 250 000 Exemplaren kann die Metallarbeiter-Zeitung jetzt konstatieren. Dieses Wachstum übersteigt selbst kühne Erwartungen. Um so mehr erfreut es. Wo ringsum der Kampf tobt für und gegen die Verbesserung der Lage der Arbeiter, da muß jedem Arbeiterfreund das Herz höher schlagen, wenn er sieht, wie die Arbeiter sich ihre Waffen schmieden. Nicht zum wenigsten den Feinden ist das Wachstum des Metallarbeiterverbandes und seines Preßorgans zu danken. Und diese Feinde werden weiter dafür wirken, daß immer mehr Arbeiter der Metallindustrie sich ihrer Organisation anschließen, Frischlauf, zu neuem Wachstum, neuen Kämpfen!

Zentrums-Gewerkschaften. Die Zentrumschriften, hauptsächlich diejenigen, die in M.-Glabbach gedruckt worden sind und am Kaplanbändchen zappeln, können gar nicht genug in Wort und Schrift aller Welt bekannt geben, was doch die lieben Zentrums-gewerkschaften für radikale Organisationen seien. Radikal in Worten sind sie, das stimmt, aber ihre Taten sehen anders aus; wir brauchen nur an Köln, Neuzorg, Mlawberg, Welbert, Königsberg, Forstheim usw. zu erinnern, dann erhalten wir das richtige Bild dieser gelben Gewerkschaften. Der Geheimrat Kirsdorf muß jetzt als Kronzeuge aufmarschieren, um zu bezeugen, daß die "Christen" weit gefährlicher wie die Freien. Ob sie den Unfinn selbst glauben, bezweifeln wir. Denn der Ausspruch Kirsdorfs galt nur den bürgerlichen Parteien, besonders dem Zentrum, ihre Lieblinge zu warnen, nicht mit den freien Gewerkschaften handinhand zu gehen. Daß die Warnung bereits gezogen hat, sehen wir an der Streikbrecherepidemie in den "christlichen" Gewerkschaften. Um den "christlich-radikalen" Schaumslagern für die Zukunft ein Pechpflaster auf den losen Mund zu kleben, möge sie sich folgendes merken und darüber nachdenken. Die Arbeiterzeitung, ein Organ, das die Arbeiter, welche ihre menschlichen Rechte fordern, am liebsten massieren möchte, schreibt folgendes:

Im allgemeinen hält man die Rücksichtslosigkeit der Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete für einen Ausfluß ihrer religiösen Verflachung. Die Schaffung der Organisation auf christlicher Grundlage ist unzweifelhaft eine Tat von der größten Tragweite, ein hoch ansehendes Gegenmittel gegen die ungläubigen, offen religionsfeindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, und sie verdient von diesem Gesichtspunkte aus die warmste Sympathie und Unterstützung eines jeden wahrhaftigen Patrioten, eines jeden edel denkenden Mitbürgers.

Dieses Zeugnis des gemeinsten Ausbeuterorgans zeigt uns die lieben Kinder der Unternehmer. Dieses selbe Organ wird sich wohlweislich hüten, den Unternehmern zu raten, sich in religiösen Verbänden zu organisieren. Aber die Arbeiter hält man gerade für dumm genug, daß sie ihre Arbeitskräfte zersplittern, damit die Ausbeutung bessere Früchte trägt. Vielleicht nimmt die Gewerkschaftsstimme hiervon Notiz. Daß die christlichen Gewerkschaften im Fahrwasser der Zentrumspartei segeln, ist ja nur allzu bekannt.

Christliche Arbeitervereine haben keine Existenzberechtigung. In dem Vereinsorgan des norddeutschen Verbandes christlicher Arbeitervereine, Der Arbeiterbund, wird in bewegten Tönen das aschgraue Elend dieser total überflüssigen und darum lebens-unfähigen Organisationen geschildert. Es heißt in dem hochinteressanten Artikel unter anderem:

Wir haben keine Idee, für die wir kämpfen! Wir nennen uns christliche Vereine: wach ein Hohn! Was hat unsere Sache mit dem Christentum, mit Christo zu tun! Wir sind von Christo durch eine tiefe Kluft geschieden, von dem — rein menschlich betrachtet — Welken- und Himmelsstürmer, der Weltthau und Lob verachtete, dem Idealisten, den seine Verwandten für irr-sinnig hielten, dem Wortkämpfer für Recht und Freiheit gegen alle verrotteten Einrichtungen und Rechte. Wir nennen uns Arbeitervereine: als wenn wir's wären! Wir sind gemischt aus Nichtarbeitern und Arbeitern. Und die Führer sind nicht Arbeiter, sondern Arbeitgeber, Lehrer und Pastoren usw. — in den Einzelvereinen wie im Gesamtverband. Wir nennen uns national: und wenn's hoch kommt, sind unter uns ein paar, die wirklich ihr Vaterland mit heißer Liebe umfassen und zu opfern mit Gut und Blut bereit sind. Aber die Massen hinter uns stehen stumpf und mißtrauisch abseits; sie machen mit, weil's guter Ton ist und in ein hübsches Licht setzt und ein gutes Glas Bier nicht sauer macht, wenn sie beim Kaiserhoch hurra rufen. Aber um gotteswillen nicht mehr: Vaterland, Kaiser, Macht, Ehre, Ruhm — die Begeisterung dafür wächst für sie nur in stidiger Bierluft und dunstiger Zeitungsluft! Wir glauben, sozial zu wirken: ich habe nirgend etwas gespürt! Hilfslos, Vorträge usw., die tun's nicht, Vergünstigungen auch nicht. Sozialismus tritt an den einzelnen greifbar und faßbar nur in der Form von Sozialpolitik heran, und diese hat nur Sinn und Kraft als politisch gefärbte Sozialpolitik. Wir mögen uns Vereine nennen — und auch das sind einzelne unserer Vereine kaum noch

— soziale, christliche, nationale Arbeitervereine im tieferen Sinne sind wir nicht, und wo der tiefere Sinn fehlt, da ist es nicht weit zum Unfinn, zur Phrase, da fehlt die schöpferische Kraft, da fehlt die Existenzberechtigung! — Was unseren Vereinen nützt? — Wieergeburt im neuen Geist! — im Geist Christi — im Geist einer wahren Vaterlandsliebe — im Geist der Hingabe und Opferfreudigkeit — im Geist des Schaffens und Arbeitens — im wahrhaft sozialen Geist! Sonst möge man unsere Vereine lieber sprengen; sie schaden mehr, als sie nützen! Sind sie doch schon in ganz Deutschland ein Gegenstand des Schmerzes für unsere Freunde, ein Gegenstand des Gespöttes für unsere Nichtfreunde, ein Gegenstand der Verachtung für unsere Gegner!

Da eine Wieergeburt unmöglich ist, sintemalen weder Vater noch Mutter des Wechselbalges zu besseren Leistungen fähig sind, so möge man getrost die verständige Ermahnung des Verfassers obiger Jeremiahe beherzigen: Weg mit dem christlichen Vereinsunfug!

Submissionsblüten.

Mainz. Auf die bei Erbauung der höheren Mädchenschule vorkommenden Steinhauerarbeiten, und zwar Los 1 ca. 881 Kubikmeter bearbeitete rote Sandsteine und Los 2, ca. 76 Kubikmeter bearbeitete Sandsteine von gleichmäßig tieferer Farbe wurden folgende Gebote gemacht: Karl Schneider-Walldürn Los 1 89 742 Mark und Los 2 10 845 Mark, Pius Arnolds-Reifenhausen Los 1 88 549 Mark und Los 2 10 909 Mark, Valentin Adelman-Wertheim Los 1 85 210 Mark und Los 2 4852 Mark, Wilh. und Theob. Schulte-Rußburg Los 1 76 700 Mark und Los 2 9059 Mark, Christian Hode-Kreuznach und Kaiserslautern Los 1 74 730 Mark, Heinr. Helfrich-Kaiserslautern Los 1 71 901 Mark und Los 2 10 291 Mark, Michael Hode-Kaiserslautern Los 1 68 984 Mark, Gebrüder Riese-Entenbach Los 1 68 229 Mark.

Rednerschule.

Sprich nie um Deinetwillen, sondern immer einer erheblichen Sache wegen! Studiere die Menschen, nicht um sie zu überlisten und auszubeuten, sondern um das Gute in ihnen aufzuwecken und in Bewegung zu setzen und glaube mir: Viele: die dir zuhören, werden oft besser und klüger sein, als du, der da sprichst. Wirke nie mit Trugschlüssen und kleinlichen Spitzfindigkeiten, mit denen man nur die Spreuer bewegt; den Kern des Volkes rührst du nur mit der vollen Wucht der Wahrheit um. Darum hüthe nicht um den Beifall der Lärmenden und Unruhigen, sondern sieh auf die Gelassenen und Festen. — Wenn du sprichst, so sprich weder wie ein wichtiger Hausknecht, noch wie ein tragischer Schauspieler, sondern halte dein gutes, natürliches Wesen rein und dann sprich immer aus diesem heraus. Ziere dich nicht, wirf dich nicht in Positur, blick, bevor du beginnst, nicht herum wie ein Feldmarschall oder gar die Versammlung belauernd! Sag nicht, du seiest nicht vorbereitet, wenn du es bist; denn man wird deine Weisheit kennen und es sogleich merken, und wenn du gesprochen hast, so geh nicht herum, Beifall einzusammeln, strahle nicht von Selbstzufriedenheit, sondern setze dich an deinen Platz und horche aufmerksam dem folgenden Redner zu. Die Grobheit spare wie Gold, damit, wenn du sie in gerechter Entrüstung einmal hervortreibst, es ein Ereignis sei und den Gegner wie ein unvorhergesehener Blitzstrahl treffe! Wenn du aber denkst, je wieder mit einem Gegner zusammenzugehen und gemeinsam mit ihm zu wirken, so hüthe dich davor, ihm im Zorne das Aeußerste zu sagen, damit das Volk nicht rufe: Paß schlägt sich, Paß ver-trägt sich!

(Gottfried Keller in Das Fährlein der sieben Aufrechten.)

Literarisches.

M. Max. Das Formen und Modellieren, illustrierte Anleitung zur selbstständigen Erlernung der Formerei mit Gips und Leim und des Modellierens in Ton, Modelliererde, Wachs, Plastilin, Gummiplastik usw. Dritte, bedeutend erweiterte Auflage. Mit 88 Seiten Oktav und über 100 Abbildungen von Former- Modellierutensilien, Büsten- und Figurengerüsten. Preis 1 1/2 Mk. 1905. Verlag der Kunstmaterialien- und Luxuspapierzeitung München VII. Es ist diese, für Künstler, Dilettanten, Kunstgewerbetreibende und Techniker verfaßte Unterrichtsschrift, die den Stoff mit künstlerischem und technischem Ernst und in planmäßiger Folge behandelt, allen Steinarbeitern, die sich mit der Technik der Formerei und Modellierkunst vertraut machen wollen, ferner allen Kunst- und Gewerbetreibenden und Technikern, die über Fragen aus dem Gebiet der Former- und Modellierkunst Auskunft wünschen, bestens zu empfehlen. Das Werkchen beginnt mit der Erörterung der wichtigsten Materialien, geht dann auf die mechanischen Methoden der Plastik ein, gibt nützliche Winke über die Behandlung, auch über Reinigen und Bemalen fertiger Gipsarbeiten und macht dann den Leser, von leichteren Modellierarbeitenmethoden ausgehend, mit den wichtigsten Arbeitsweisen des modellierenden Bildhauers bekannt. Für Relief-, Büsten- und Figurenmodellieren gibt das Werkchen ausführliche Anleitung, dazu noch eine Maßtabelle über die Proportionen der menschlichen Figur und Winke für das ausdrucksvolle Modellieren von Gesichtern und nackten Figuren.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Frankfurt a. M. Ersuche um sofortige Angabe der Adressen der Steinmehlen Drollinger und Venkhard, früher in Oberhausen beschäftigt. Diese beiden haben eine Vertrauensperson schamlos verächtigt. August Groß, Vogelhangergasse 10.

Hochspeyer. Geben hiermit bekannt, daß hier am ersten Sonntag jeden Monats Versammlung stattfindet. Diejenigen Verbandsmitglieder, die jetzt andere Arbeiten verrichten, seien besonders darauf aufmerksam gemacht. Die Ortsverwaltung.

Reipzig. Die Zahlstellen des 4. Gau'es werden ersucht, soweit dieses noch nicht geschehen ist, umgehend ihre Gaubeiträge an Unterzeichneter einzusenden. Es sei betont, daß der Gaubeitrag schon vom 3. Quartal ab zu leisten ist. Einige Zahlstellen denken wahrscheinlich irrtümlicherweise, das Geld sei erst vom 4. Quartal an abzuführen.

Richard Schwarze, Gaukassierer, Poniatowskistr. 1, IV.
Meißen a. d. Elbe. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse von Andreas Prell, Schmid, aus Wunsiedel, früher in Meißen, mitzutheilen.
Gg. Steininger, Kassierer, Kölner Straße 7, v. r.
Pirna. Den Kollegen Gottlieb Maurer, geb. den 8. März 1877 zu Coburg, und Louis Nava, geb. den 21. Juni 1884 zu Bisherowitz, sind keine neuen Bücher auszustellen. Beide Kollegen haben auch noch Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber.
Germann Hesse, Kassierer.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 20. bis mit 25. November 1905. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Erlösmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)
Meißen, B. 256.—; Wittweida, B. 168.—; Freiburg, B. 128.—; E. 5.—; Altena, B. 120.96, E. 0.50, Z. 7.—, D. 0.25; Kirn, B. 80.—; Selgenbrücken, B. 60.—, E. 2.50, D. 0.25, Z. 8.—, St. 1.50, H. 2.50, F. 0.50, Ins. 1.10; Schönau, B. 2.25, E. 4.—, D. 6.25, Z. 0.50; Neustettin, B. 3.80; Norden, B. 2.45; Neuklingen, B. 2.—; Bunzlau,

B. 58.80; Frankfurt a. M., B. 520.—, Ins. 8.40; Würzburg, B. 19.20; Mannheim, B. 158.—, D. 1.75, Z. 27.—, Ins. 3.—; Subwiaschafen I, B. 84.—; Rembach, B. 55.90, E. 4.—, Z. 15.—; Floß, B. 72.—; Duisburg, B. 32.—; Berka, B. 4.40; Mühlhausen i. Th., B. 114.88; Konstantz, B. 64.40, Futterale 2.—; Bensheim, B. 9.50, E. 10.50; Straßburg, B. 320.—; Bernau, B. 84.—, E. 5.50, Ers. 0.25, D. 0.50, Z. 8.—; Reichenbach, B. 84.—, E. 45.—; Colmar, B. 64.—; Mühlhausen i. Th., B. 64.—; Speyer, B. 56.—; Altenbach, B. 51.50, E. 2.—; Grammet, B. 32.—, Br. 1.—, F. 0.50; Dorfprosseln, B. 28.—, D. 2.25; GutsMuths, B. 22.87, E. 0.50, Z. 0.50, H. 2.50, St. 0.75, Br. 1.—, F. 0.50; Demitz-Thumitz, B. 112.—, E. 2.—, D. 1.—, Z. 26.—; Bremen II, B. 96.—, Ers. 2.50, Z. 10.—, Ins. 2.30; Elberfeld, B. 64.—, E. 5.—, D. 7.50, Z. 10.—; Wintertur, ? 17.80; Menben, B. 4.80; Harburg, B. 4.10; Lindow, B. 2.80; Blomberg, B. 1.65; Klängenmünster, B. 81.36, E. 1.—, D. 4.25, Z. 5.50; Arensee, B. 3.75.

Subwig Geist, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Leopoldsthal, Kassierer: St. Bittler.
Fortmund, Kassierer: Wilhelm Schneider, Brüderweg 20.
Siedmanern, Vorsitzender: Theodor Emil Mißbach, Kassierer: Philipp Oert V.

Briefkasten.

Fechenbach. Mit Vergnügen werde ich Euch das nötige Material überweisen. Bitte aber, etwas Geduld. — **Rürnberg.** Solche Notizen sind im Versammlungsbericht einzufügen. — **Freiburg.** Wo soll denn das mit den monatlichen Berichten hinaus? Nach meinem Empfinden enthält der Bericht nichts wesentliches. — **Jülich.** Wegen solchen Angelegenheiten veröffentlichen wir keinen mehr. Auch bei Euch scheint es modern zu sein, die Kleinen zu hängen und die Großen in Gnaden aufzunehmen, wie dieses mit St. aus Konstanz der Fall war. — **Dürkheim.** Es müssen uns die Gründe bekannt gegeben werden, warum der Platz gesperrt wird. Auf eine einfache Postkarte hin tun wir das nicht mehr. — **Treuen.** Es ist noch kein Termin festgesetzt. — **Alt-Wartbau.** Dieses Jahrbuch ist mir unbekannt. Ob in Striegau jemand vertreten sein wird, weiß ich nicht. Deine Stellungnahme kann später präzisiert werden. — **Berichte von Gera, Düsseldorf, Mannheim, Mittweida, Deutmannsdorf, Offenbach, Bensheim, Gaderneim und Elmshausen** mußten leider wegen Raumangel abgelehnt werden.

Anzeigen.

Gaukonferenz des 2. Gau'es.

Bunzlau.

Die Gauleitung findet sich veranlaßt, den Beschluß der Gaukonferenz von 1904 zu umgehen und eine Konferenz auf Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 11 Uhr, nach der Bierquelle zu Gräben bei Striegau einzuberufen.

Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung; 2. Organisation und Agitation; 3. Wahl des Vorortes der Gauleitung; 4. Tarife und Lufat bei Lohnbewegungen; 5. Anträge zur Generalversammlung; 6. Verschiedenes.

Die Zahlstellen werden ersucht, in ihren Versammlungen Stellung zur obigen Tagesordnung zu nehmen.

Die Zahlstellen sind berechtigt, nach ihrem Ermessen die Zahl der Delegierten zu bestimmen. Die Delegationskosten trägt jede Zahlstelle selbst. Situationsberichte und Anträge sind schriftlich bis zum 15. Dezember an die Gauleitung einzusenden. Kollegen unorganifizierter Orte sind besonders willkommen.

J. A. d. G.: Karl Jabrmarkt, Steinweg in Bunzlau.

Gobelbandstahl in vorzüglichster Qualität Harte Steinbauerbleistifte

echt Rehbach'sches Fabrikat
Steinbauerbesen mit und ohne Griff,
aus bestem Material

empfehlen zu billigsten Preisen

Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

Deutsche Frauen! Gedenket der Handweber!

Sie bitten um Abnahme von Tischtüchern und Servietten, Tees- und Kaffeegedecken, Hand-, Küchen-, Schürzen- und Staubtüchern, Bettzeugen in weiß und bunt, Leinwand in allen Breiten, Taschentüchern, Gendern- und Schürzenstoffen usw. Auf Wunsch alles fertig genäht und gefädelt. Vollständige Aussteuer! Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. Muster, Preise und Waren von 20 Mark Wert an franko.

Vereinigung Lausitzer Handweber

G. m. b. H.

Geschäftsstelle: Linderode (Lausitz) 96.

Reinleinene Jacquard-Tischtücher, mittelfeinfädig, aus prima Flachsgarn, Stern- oder Mailändermuster 115 x 125 cm groß a Tuch 1.90 M, 115 x 150 cm a 2.30 M, 130 x 130 cm a 2.40 M, 130 x 165 cm a 3.— M, 130 x 200 cm a 3.60 M, 130 x 265 cm a 4.80 M, 130 x 300 cm a 5.40 M, 130 x 330 cm a 6.— M, 150 x 165 cm a 3.50 M, 150 x 200 cm a 4.20 M, 150 x 230 cm a 4.90 M, 150 x 285 cm a 6.— M, 150 x 330 cm a 7 M, 150 x 400 cm a 8.40 M.

Servietten a 65 x 65 cm a Duzend 7.20 M.

Bei Bezugnahme auf dieses Blatt 2 Prozent Rabatt.

Den reisenden Verbandskollegen wird die
Gewerkschaftsherberge
in Kiel, Fährstraße, bestens empfohlen.

Todes-Anzeige.

Am 25. November starb im Krankenhaus zu Baugen unser Kollege
Emil Krause
im Alter von 35 Jahren infolge eines schweren Unfalles.

Ehre seinem Andenken!

1.10]

Zahlstelle Demitz-Thumitz.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.